

Über Geld spricht man nicht? Höchste Zeit, es doch zu tun

Der Beitrag im «Vaterland»-Magazin zum Staatsfeiertag titelt: «Was mit Geld zusammenhängt, bereitet am meisten Sorgen.» Die drängendsten Probleme der Liechtensteiner Bevölkerung sind Gesundheitskosten, Lebenshaltungskosten, Immobilienpreise und die Finanzierung der Altersvorsorge und Renten. Diese Themen dominieren die Top 5 des Sorgenbarometers. Über ein Drittel der Befragten macht sich Gedanken über die Ausgaben für das tägliche Leben und die Haushaltskasse im Alter. Mehr als die Hälfte sorgt sich um die Gesundheitskosten. Geldsorgen sind somit kein Randgruppenproblem mehr, sondern betreffen die Mitte der Gesellschaft. Im Gegensatz dazu sind die Angst vor Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenquote gering. Geldprobleme bestehen also trotz Lohnarbeit, wie aktuelle Statistiken zeigen: In den letzten Jahren sind die Kosten für die obligatorische

Krankenversicherung, den Lebensunterhalt, die Miete und Freizeitangebote stark gestiegen, sodass das real verfügbare Einkommen der Haushalte sank. Immer mehr Menschen geraten dadurch finanziell unter Druck. Die akute Armutgefährdung stieg seit 2004 von 11 Prozent auf 17,1 Prozent. Die Löhne halten mit dem Kostenwachstum nicht Schritt, und das Wirtschaftswachstum kommt nicht bei den Arbeitenden an. Ist das fair? Wie steht es um die Lohn(un)gerechtigkeit in Liechtenstein? Die Freie Liste wollte dies mit einer Interpellation genauer untersuchen. Das Ergebnis ist ernüchternd: Vieles bleibt unbekannt, und es scheint, als wolle man es nicht wissen. Was wir wissen, ist, dass der monatliche Bruttolohn von Frauen 14,1 Prozent niedriger ist als der von Männern. Zudem können 42 Prozent der Lohnunterschiede nicht erklärt werden. Die Regierung meint jedoch, dass es vermutlich Gründe dafür

gäbe, wenn man danach suchen würde. Die Notwendigkeit für Massnahmen gegen Lohnungleichheit wird somit heruntergespielt. Es sei unklar, ob es sich wirklich um Ungerechtigkeiten handelt. Methoden für vertiefte Analysen fehlen. Klar ist, dass die erklärbaren Unterschiede mit dem Wert zusammenhängen, den wir der Arbeit beimessen. Ganze Branchen und Berufsgruppen sind strukturell unterbezahlt. Ein Grossteil der Care-Arbeit wird unbezahlt verrichtet, obwohl sie das Fundament für eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft bildet. Um die Sorgen der Bevölkerung ernsthaft zu mindern, braucht es eine gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung dieser Arbeit. Dafür ist ein politisches Bekenntnis nötig, das über die Bestrebungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinausgeht.

**Eine Stellungnahme
der Freien Liste**